

Alltag „zwischen Mark und Gulden“ – Der Selfkant unter niederländischer Auftragsverwaltung 1949 bis 1963

I.

Am 26. Februar 2002 meldete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, dass „im äußersten Westen Deutschlands [...] ein Kuriosum aus der Nachkriegszeit“ beendet worden sei.¹ Mit der Unterzeichnung eines Grenzvertrages hätten die Regierungen in Berlin und Den Haag nach mehr als vierzig Jahren eine 8,5 km lange niederländische Straße über deutsches Hoheitsgebiet dem Straßennetz der Bundesrepublik zugeschlagen. Jene quer durch den so genannten Selfkant laufende Transittrasse sei zu einer Zeit gebaut worden, während der diese Region – die sich „wie eine kleine Halbinsel in niederländisches Territorium vorschiebt“ – als Folge des Krieges bis 1963 unter niederländischer Verwaltung gestanden habe. Die *Aachener Zeitung* bezeichnete gleichzeitig die bislang nur von den Niederlanden aus zu befahrende Straße als einen „Anachronismus der besonderen Art“, der durch die in Venlo unterzeichnete Übereinkunft nun endlich beseitigt werde.² Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen sah in der Vereinbarung „einen weiteren Schritt zum Ausbau der guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande, dem Land Nordrhein-Westfalen und der Provinz Limburg“.³

Damit rückte plötzlich „ein fast vergessenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte“⁴ kurzfristig wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Anders als der Konflikt um die ehemaligen deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße sind die bis Anfang der 1960er Jahre dauernden politischen Auseinandersetzungen um die Grenzen im Westen der noch jungen Bundesrepublik weitgehend aus dem Bewusstsein der Menschen verschwunden. Der Selfkant und weite Regionen entlang der deutsch-niederländischen Grenze gerieten in den späten 1940er Jahren ins Visier niederländischer Annexionsbestrebungen. Ein Zugewinn an Land sollte die von den Deutschen während der Okkupation angerichteten Schäden auszugleichen helfen. Die letztlich

¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. Februar 2002: „Selfkant wird wieder angebonden“.

² Aachener Zeitung, 26. Februar 2002: „Ein Anachronismus der besonderen Art wird beseitigt“.

³ Pressemitteilung 401/01, „Anbindung der Transitstraße im Selfkant an das deutsche Straßennetz“, www.bmvbw.de, 21. Dezember 2001.

⁴ Wolfgang Woelk: Die niederländischen Grenzkorrekturen 1949 in der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen und in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung der Auftragsverwaltungsgebiete, in: *Geschichte im Westen*, Jg. 9, Heft 1, 1994, S. 49.

aber auf ein Minimum reduzierten Territorialforderungen betrafen in der Hauptsache nur noch Elten bei Emmerich und den Selfkant im Kreis Geilenkirchen-Heinsberg. Durch die Verordnung Nr. 184 der britischen Militärregierung⁵, die auf einer von den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und den Beneluxländern getroffenen Vereinbarung über eine vorläufige Verwaltungsübertragung deutscher Grenzgebiete vom 28. März 1949 beruhte, fiel der Selfkant vorbehaltlich einer abschließenden Regelung in einem zukünftigen Friedensvertrag am 23. April 1949 an die Niederlande; Versuche von deutscher Seite, eine Angliederung an das Königreich zu verhindern, schlugen fehl. Bis zum 1. August 1963 verblieb der Selfkant unter niederländischer Oberhoheit. Nicht zuletzt konnte die Rückgliederung jedoch nur deshalb erfolgen, weil seit 1957 bilaterale Verhandlungen zwischen den Regierungen der Bundesrepublik und der Niederlande geführt worden waren, die 1960 in einen Ausgleichsvertrag mündeten. Darin fanden neben finanziellen Gesichtspunkten auch die strittigen Grenzgebiete Berücksichtigung.

Die Literatur über das deutsch-niederländische Grenzproblem im Allgemeinen und über einzelne Grenzgebiete im Besonderen ist bis heute recht überschaubar geblieben.⁶ Was zudem die Analyse der konkreten Auswirkungen des Konfliktes auf die damals betroffene Bevölkerung anbelangt, so wurde mit der detaillierten Aufarbeitung dieses Aspekts erst vor einigen Jahren begonnen.⁷ Blickt man allein auf den Selfkant, so sprachen Veröffentlichungen auf lokaler Ebene das Thema zwar auch vorher schon an, blieben aber darauf fixiert, das Bild von den „tapferen und treuen Landsleuten in den schwer geprüften Grenzgebieten“⁸, wie es der damalige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, immer wieder in seinen Reden gezeichnet hatte, zu bestätigen.⁹ Die Grenzkorrektur von 1949 scheint aber nichtsdestoweniger auf die Einstellung der „6000 Brüder und Schwestern im Selfkant“¹⁰ doch Einfluss genommen zu haben, da bereits im Oktober 1952 der damalige Geilenkirchener Oberkreisdirektor dem Regierungspräsidenten in Aachen die Mitteilung machen musste, die Zeit arbeite nicht für Deutschland.¹¹ Ein Blick auf die Forschungsergebnisse von Klaus Pabst oder Wolfgang Woelk, die sich in der Vergangenheit auch mit der Stimmungslage innerhalb der Einwohnerschaft des Selfkants auseinandersetzen, führt allerdings zu keiner eindeutigen Klärung: Während der eine zwar

⁵ Amtsblatt der Militärregierung (Britisches Kontrollgebiet), Nr. 28, S. 1083–1087.

⁶ Insbesondere Horst Lademacher: Die Niederlande und Deutschland 1945–1949. Wirtschaftsfragen und territoriale Korrekturen, in: Niederlande und Nordwestdeutschland. Studien zur Regional- und Stadtgeschichte Nordwestkontinentaleuropas im Mittelalter und der Neuzeit. Franz Petri zum 80. Geburtstag, hg. von Wilfried Ehbrecht/Heinz Schilling, Köln/Wien 1983, S. 456–511; ders.: Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1990; darüber hinaus auch Friso Wielenga: Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945, Münster 2000.

⁷ Vgl. Reinhold Schneider: Deutschland – Niederlande. Einige Vorbemerkungen zu einer Monographie über das Problem des deutsch-niederländischen Grenzstreits 1945–1949, in: Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, 3 (1992), hg. von Horst Lademacher/Loek Geerardts, Münster 1993, S. 137–145.

⁸ Für Selbstbestimmung, Recht und gute Nachbarschaft. Amtliche Erklärungen, Vorschläge sowie Stellungnahmen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Fragen der einseitigen Grenzveränderungen im Westen 1949, hg. von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1951, S. 25.

⁹ Vor allem Klaus Bischofs mit verschiedenen Beiträgen in den Heimatkalendern des Kreises (Geilenkirchen) Heinsberg 1964 bis 1999; ders.: Selfkant – Grenzland, hg. von der Gemeinde Selfkant, o. O., 1974.

¹⁰ Peter Pilates: Zum Geleit, in: Heimatkalender des Selfkantkreises Geilenkirchen-Heinsberg 1951, S. 3.

¹¹ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.5, Wonschik an Brand, 23. Oktober 1952.

kurz darauf Bezug nahm, indem er einen „Umschwung der öffentlichen Meinung“¹² zugunsten der Niederlande konstatierte, blieb der andere eher vage und vertrat die Ansicht, die Vielzahl von Einzelschicksalen mache „einheitliche Aussagen“¹³ wohl unmöglich.

Das Quellenmaterial des Kreisarchivs Heinsberg mit den dort aufbewahrten Akten der Verwaltung des Selfkantkreises Geilenkirchen-Heinsberg¹⁴ erweckte bei Recherchen zu einer im Juli 2002 der Philosophischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn vorgelegten Magister-Examensarbeit¹⁵ jedoch den Eindruck, eine präzisere Schlussfolgerung treffen zu können, als dies bislang geschehen war. Bei aller gebotenen Zurückhaltung gegenüber den zwangsläufig subjektiven Erinnerungen von Zeitzeugen, bestätigte die Befragung einiger Selfkänder aber die in den Quellen zu findenden Hinweise auf eine zunehmend positive Haltung der Menschen gegenüber der niederländischen Administration.¹⁶ Auch in der Presse fand das deutsch-niederländische Grenzproblem seinen Niederschlag, obgleich man konzedieren muss, dass insbesondere die Gazetten des Grenzlandes sich offensichtlich als Sachwalter deutscher Interessen betrachteten.¹⁷ Diese klare Parteinahme, mit der versucht wurde, die Sensibilität für die ungelöste Grenzfrage wachzuhalten, war zweifellos einer Ausgewogenheit in der Berichterstattung abträglich. Trotzdem muss dem Quellenwert der Zeitungen in unserem Zusammenhang Tribut gezollt werden, denn nicht zuletzt dokumentierten gerade sie wichtige Einzelheiten, die bei einer Studie über den Selfkant zwischen 1949 und 1963 Berücksichtigung finden sollten.

II.

Mitte März 1949 besuchte Ministerpräsident Karl Arnold in Begleitung des nordrhein-westfälischen Landeskabinetts das Grenzland für eine Kundgebung in Gangelt, einem Städtchen in unmittelbarer Nachbarschaft des zur Disposition stehenden Gebiets. Die *Aachener Volkszeitung* begrüßte dies mit der Feststellung, unter der Selfkantbevölkerung sei die Zuversicht wieder gewachsen, denn sie wisse um Arnolds Bemühungen, „deutsches Land zu retten“. Die vorgesehene Veranstaltung werde die Bindung zwischen Regierung und Volk, das bekanntlich nie Zweifel an seiner deutschen Gesinnung habe erkennen lassen, „in der Stunde der Gefahr“ festigen.¹⁸ Welche Einstellung die Selfkänder damals zu einer möglichen Angliederung der Region an die Niederlande tatsächlich hatten, bedarf indes einer näheren Betrachtung. Die exponierte Grenzlage des Gebiets brachte es nämlich mit sich, dass im Selfkant seit Generationen auch niederländische Staatsangehörige lebten, deren Zahl einige Hundert betragen haben dürfte.¹⁹ Welche

¹² Klaus Pabst: *Holländisch für vierzehn Jahre*, in: *Entscheidungen im Westen*, hg. von Walter Först (Beiträge zur Neueren Geschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 7), Köln/Berlin 1979, S. 168.

¹³ Vgl. Woelk, *Die niederländischen Grenzkorrekturen*, S. 47.

¹⁴ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546. 5, 6, 15, 16, 17.

¹⁵ Die Magisterarbeit bildet die Grundlage dieses Aufsatzes.

¹⁶ Das Gespräch mit fünf Zeitzeugen fand am 25. Mai 2002 in Selfkant-Süsterseel statt.

¹⁷ Genannt seien in diesem Zusammenhang die *Aachener* sowie die *Heinsberger Volkszeitung*.

¹⁸ *Aachener Volkszeitung*, 19. März 1949: „Der Grenzkreis grüßt die Regierung“.

¹⁹ Vgl. Klaus Bischofs: *Vor 50 Jahren. Die Annexion des Selfkants durch die Niederlande im Jahre 1949*, in: *Heimatkalender des Kreises Heinsberg 1999*, S. 189.

Haltung insbesondere sie bezüglich einer Grenzverschiebung einnahmen, wäre sicherlich eine eigene Untersuchung wert. Verwiesen sei hier lediglich auf eine kurze Presse-Notiz vom April 1949, in der es hieß, die Niederländer im Selfkant seien mit der beabsichtigten Grenzregelung „nicht alle einverstanden“.²⁰ Wahrscheinlich ist, dass im landwirtschaftlich geprägten Zusammenleben von alteingesessenen niederländischen und deutschen Selfkäufern die nationalen Unterschiede so gut wie gar nicht zutage traten, und sich ein Großteil der Niederländer im Selfkant seiner eigentlichen Nationalität deshalb kaum bewusst gewesen sein dürfte, weil es einfach keine Rolle spielte. Man heiratete untereinander, sprach den gleichen Dialekt und übte die gleichen Berufe aus.²¹ Insofern scheint also aufseiten der Selfkäufer insgesamt das nationale Bewusstsein ganz so einheitlich, wie es die *Volkszeitung* darstellte, nicht vorhanden gewesen zu sein. Aus vielen Abhandlungen geht hervor, dass der 1816 geregelte preußisch-niederländische Grenzverlauf im Maasland zwar in wirtschaftlicher Hinsicht zunehmend eine Trennung bedeutete, sich auf der Ebene des menschlichen Miteinanders zwischen Limburgern und Selfkäufern zu keiner wirklichen Barriere verfestigte.²² Weitere Betrachtungen verwiesen auf die gemeinsamen historischen Wurzeln zwischen Selfkäufern und benachbarten Limburgern sowie mundartliche und mentale Gemeinsamkeiten. Deshalb sei auch während der Diskussionen um die Grenze „ein Volkstumskampf“ in der Region undenkbar gewesen.²³

Eine Studie über das Problem des deutsch-niederländischen Grenzstreits 1945 bis 1949 enthält den Hinweis auf eine 1946 von deutscher Seite gemachte Erhebung, welche in einer ersten großen Umfrage einmütig negative Stellungnahmen der Bevölkerung zu beabsichtigten Grenzverschiebungen erbracht habe.²⁴ Im Gegensatz dazu hätten niederländische Zeitungen damals tendenziell ein Bewusstsein weitgehender Gleichgültigkeit konstatiert. Weil jedoch archivierte direkte persönliche Äußerungen der deutschen Grenzlandbewohner so gut wie fehlten, sei das Geflecht der gegenseitigen Beeinflussung von Presse und Bevölkerung aber kaum zu entwirren. Die veröffentlichte Meinung, wie z. B. das Urteil des niederländischen *Maasbode*, der im Dezember 1946 schrieb, die meisten würden sich sowieso schon als „halbe Holländer“ fühlen, könne daher nicht mit letzter Sicherheit eingeordnet werden.²⁵ Eine zu Beginn der 1990er Jahre veröffentlichte Arbeit stützt sich bei der Beschreibung der damaligen Situation im Selfkant auf eine persönliche Umfrage, welche sich jedoch auf das Interview mit nur einer Gewährsperson beschränkte. Die Befragte sollte sich dahingehend geäußert haben, dass die Menschen im Allgemeinen „unbeteiligt und desinteressiert“ gewesen seien.²⁶ Konträr dazu stehen allerdings die Erinnerungen eines weiteren Selfkäufern, der

²⁰ Jochen Franke: „Wir haben gesät, werden wir ernten?“, in: Frankfurter Neue Presse, 12. April 1949.

²¹ So die Äußerungen eines Selfkäufern mit niederländischer Staatsangehörigkeit (Gespräch mit Selfkäufern vom 25. Mai 2002).

²² Vgl. u. a. Friedel Krings: Die deutsch-niederländische Grenze des Kreises Heinsberg, in: Heimatkalender des Kreises Heinsberg 1974, S. 103.

²³ Thea Winandy: Hüben und drüben. Nach einer Fahrt im Grenzgebiet, in: Heimatkalender des Kreises Heinsberg 1974, S. 106.

²⁴ Schneider, Deutschland – Niederlande, S. 141. Schneider vermutet aber aufgrund der Ähnlichkeit der gemachten Angaben, dass man wohl von einer Vorlage ausgehen müsse, der nur zugestimmt wurde. Das Ergebnis lasse deshalb kaum Rückschlüsse auf die wahre Stimmung vor Ort zu.

²⁵ Schneider, Deutschland – Niederlande, S. 141 ff.

²⁶ Simone van der Steen: Das Fiasko großer Annexionspläne. Eine Untersuchung der mißlungenen niederländischen Wünsche zur Annexion deutschen Territoriums, speziell des Selfkantgebietes (Doctoraal-Scriptie

auf die Vertreibungswelle in den Ostgebieten und dem Sudetenland zu sprechen kommt und bemerkt, dies habe die Bevölkerung in „dauernde Spannung und quälende Ungewissheit“ versetzt.²⁷ Obgleich sich die Landesregierung in Düsseldorf in ihrem Bemühen um den Verbleib der Grenzgebiete bei Deutschland auf „erhebende und erschütternde Zeugnisse der Anhänglichkeit an die angestammte Heimat“²⁸ berief, ist dem Bild einer „geschlossenen Einheitsfront“, welche hinter den Politikern gestanden habe, widersprochen worden. Zwar stützt sich dieses Urteil auf Beobachtungen in den Grenzbezirken Niedersachsens, gleichwohl könnte auch im Selfkant 1949 die Meinung geherrscht haben, Vaterlandsliebe allein würde die weitere (materielle) Existenz nicht sichern können.²⁹ Ein mögliches Fazit, angesichts des täglichen Überlebenskampfes und der ohnehin verwandtschaftlich engen Bindungen über die Grenzen hinweg habe eine „Furcht vor den Niederlanden“ nicht bestanden³⁰, dürfte aber so pauschal nicht zutreffen. Andere Aufzeichnungen, in denen von einer „sehr bedrückt[en]“³¹ Bevölkerung die Rede ist, decken sich hingegen mit weiteren Stellungnahmen, in denen die Angst vor jener unbekanntem Situation, in die man geraten sollte, zum Ausdruck kommt. Man habe Befürchtungen gehegt, dass der niederländische Staat die deutschen Selfkänger spüren lassen werde, Teil einer besiegten, feindlichen Nation zu sein. Letztlich habe man sich mit einer gewissen Resignation in das Unvermeidliche gefügt. Die Bevölkerung war nicht befragt worden und hatte das Gefühl, ohnehin nichts dagegen unternehmen zu können.³²

III.

Am Samstag, dem 23. April 1949, wurde der Selfkant der niederländischen Auftragsverwaltung unterstellt. Von dieser Maßnahme wurden die Gemeinden Höngen, Havert, Millen, Tüddern, Hillensberg, Wehr und Süsterseel mit den Ortsteilen Groß- und Kleinwehrhagen, Heilder, Isenbruch, Schalbruch und Mindergangelt auf einer Fläche von ca. 40 km² und mit einer Einwohnerzahl von ungefähr 5500–6000 Personen betroffen.³³ Die Inbesitznahme der Selfkantdörfer durch den Beauftragten der niederländischen Krone wurde als ein „ganz im Stil

Economische en Sociale Geschiedenis, Katholieke Universiteit Nijmegen, 1992), hg. von der Gemeinde Selfkant, o. O., 1995, S. 72.

²⁷ Klaus Bischofs: Vor 20 Jahren. Die Abtrennung des Selfkants am 23. April 1949, in: Heimatkalender des Selfkantkreises Geilenkirchen-Heinsberg 1969, S. 44.

²⁸ Für Selbstbestimmung, Recht und gute Nachbarschaft, S. 8.

²⁹ Schneider, „Lewer dröge Brod eten en Dütschland as Stuten met dicke Boter in Holland.“ Einige Bemerkungen zur Argumentation deutscher Behörden bei der Abwehr niederländischer Gebietsforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte im Westen, Heft 1 (1994), S. 31.

³⁰ So van der Steen, Das Fiasko, S. 73.

³¹ Bischofs, Vor 50 Jahren, S. 186 ff.

³² Gespräch mit Selfkängern vom 25. Mai 2002.

³³ Aachener Volkszeitung, 23. April 1949: „Treue um Treue“. In dem Artikel wurde minutiös aufgeführt, was an landwirtschaftlicher Nutzfläche, Viehbeständen und Bodenschätzen an die Niederlande abgetreten werden musste und welcher finanzielle Schaden der deutschen Seite daraus erwachsen würde. – Was die Einwohnerzahl des Selfkants zur damaligen Zeit betrifft, so variieren die Angaben zwischen 5545 (Pabst), 5630 (Bischofs) oder 5836 Personen (Aachener Volkszeitung).

einer nationalen Eroberung des 19. Jahrhunderts“ vollzogener Einzug charakterisiert.³⁴ In einer langen Fahrzeugkolonne näherte sich gegen Mittag der Konvoi aus Richtung Sittard der Grenze bei Tüddern, wobei eine militärische Vorhut „mit vorgehaltener Maschinenpistole“³⁵ das Rathaus in Tüddern in Beschlag nahm. Das Hissen der niederländischen Flagge und das Anbringen eines Bildes der Königin im Amtszimmer des Rathauses durch den designierten Beauftragten Hubert Dassen aus Heerlen bedeutete den symbolischen Vollzug der Übernahme. Da überörtliche deutsche Behörden nicht zugelassen waren, erfolgte die formelle Übergabe durch den Kreis-Residence-Officer der britischen Besatzungsmacht. Was die Bevölkerung betraf, so meldete die *Süddeutsche Zeitung*, man habe die Grenzveränderungen „überall ruhig aufgenommen und sich im Allgemeinen überhaupt nicht um die Arbeit der Kommissionen gekümmert“.³⁶ Die regionale Presse des Grenzlandes widmete dem Geschehen im Selfkant verständlicherweise ihre besondere Aufmerksamkeit. Die *Aachener Volkszeitung* veröffentlichte am Tag der Verwaltungsübertragung einen Artikel, in dem noch einmal mit großem Pathos die Entwicklung betrachtet wurde. „Wer wollte ob solcher Tragik nicht sein Haupt verhüllen?“, fragte der Schreiber. Er habe „in tiefem Schmerz“ zur Feder gegriffen, in einem Augenblick, in dem sich hinter den „Brüdern und Schwestern [...] der Schlagbaum geschlossen“ habe. Er prophezeite: „Vor Tausenden deutscher Männer und Frauen liegen jetzt dunkle Tage. Ihr Denken wird sich nach innen kehren.“³⁷ Die bis zur Angliederung der Region an die Niederlande selbstständigen Selfkantgemeinden wurden zu einem Drostamt (*drostambt*) zusammengefasst, mit dessen Verwaltung ein von der niederländischen Krone jährlich neu ernannter Landdrost – von 1949 bis 1963 Hubert Dassen – betraut wurde. Für all das, was in einer niederländischen Gemeinde normalerweise durch Bürgermeister und Beigeordnete (*college van burgemeester en wethouder*) in politischer Verantwortung vor dem Gemeinderat erledigt wird, war fortan der Drost in Tüddern zuständig.³⁸ Die ehemaligen Bürgermeister der Selfkantdörfer verloren ihre Ämter und wurden dem Drosten als einige Male im Jahr tagendes Beratergremium (*adviescommissie*) zur Seite gestellt; eine Hand voll deutscher Beamter blieb hingegen im Dienst. Die Amtssprache war in der Regel das Niederländische. In verwaltungstechnischer Hinsicht unterstand das Drostamt bis zum Inkrafttreten des Grenzkorrekturgesetzes vom 26. September 1951 direkt dem niederländischen Innenministerium, danach der Provinz Limburg, wodurch die Zuständigkeit niederländischer Gerichte, Versicherungen und Berufsverbände auch auf den Selfkant übertragen wurde.³⁹ Die deutschen Bewohner des Selfkants, welche an zwei Stichtagen (28. Februar 1948 und 23. April 1949) in der Region wohnhaft gewesen waren, behielten ihre deutsche Staatsbürgerschaft. Laut Vorgabe sollten sie „wie Niederländer“⁴⁰ behandelt werden, unterlagen aber weder der niederländischen Schul- und Wehrgesetzgebung noch besaßen sie das aktive und passive Wahlrecht. Nur die im Selfkant lebenden Niederländer durften an den Wahlen zum Provinziallandtag und zum Parlament teilnehmen. Mithin war das im Angliederungsgebiet installierte Verwaltungssystem

³⁴ Pabst, Holländisch, S. 163.

³⁵ Bischofs, Selfkant – Grenzland, S. 71.

³⁶ *Süddeutsche Zeitung*, 26. April 1949: „Ruhige Übernahme der Grenzgebiete“.

³⁷ *Aachener Volkszeitung*, 23. April 1949: „Dunkle Tage“.

³⁸ Van der Steen, *Das Fiasko*, S. 96.

³⁹ Bischofs, *Selfkant – Grenzland*, S. 76.

⁴⁰ Die niederländische Formulierung lautete: „Wordt behandeld als Nederlander“.

von demokratischen Maßstäben weit entfernt.⁴¹ Da den meisten Einwohnern des Selfkants unter niederländischer Auftragsverwaltung jede Form politischer Mitbestimmung verwehrt blieb und ihnen abverlangt wurde, sich den neuen Gegebenheiten unverzüglich anzupassen, lässt sich vermuten, es müsse gegen dieses obrigkeitsstaatliche Züge annehmende Regime zu Unmutsbekundungen und Widerstand gekommen sein. Indessen ließen sich nirgendwo offene Proteste attestieren.⁴² Landdrost Dassen eilte nämlich schon sehr bald der Ruf voraus, sich persönlich und unbürokratisch auch um private Sorgen und Nöte der Selfkäter zu kümmern, wobei ihm offenbar der von der niederländischen Regierung gesteckte gesetzliche Rahmen relativ große Selbstständigkeit ermöglichte.⁴³

Anscheinend gelang es den Menschen sehr schnell, sich mit der neuen Situation zu arrangieren. Die *Aachener Volkszeitung* meldete bereits vier Tage nach den Grenzkorrekturen, es hätten sich schon 150 Grubenarbeiter und viele andere Arbeiter nach neuen Beschäftigungsmöglichkeiten in der Provinz Limburg, die den Selfkant von drei Seiten umschließt, umgesehen, um Schwierigkeiten bei der Lohnauszahlung zu vermeiden.⁴⁴ Der *Spiegel* meinte in seinem Porträt des neu-niederländischen Selfkant, die „Selfkant-Kumpel“ locke nun einmal bei gutem Verdienst der kürzere Weg, und verwies darüber hinaus auf Fraternalisierungen „bei frisch importierte[m] Amstelbier“.⁴⁵ Auch der Einzelhandel schien sich relativ schnell auf die neue Lage einzustellen. Zwar schrieb die *Aachener Volkszeitung* im Juni noch von einem „schweren Kampf“ des selfkântischen Gewerbes gegen die limburgische Konkurrenz, der Anschluss sei aber nichtsdestoweniger allmählich erreicht.⁴⁶ Dasselbe Blatt bemühte sich Anfang September 1949, ein „leidenschaftsloses und objektives Bild“ der Verhältnisse zu zeichnen, nachdem die neuen Lebensumstände den Menschen im Selfkant schon zur Gewohnheit geworden seien. Einzig die kleinteilig strukturierte Landwirtschaft – so die *Volkszeitung* – gebe Anlass zur Sorge, ansonsten seien die Verhältnisse weitgehend positiv zu beurteilen.⁴⁷ Der niederländische *Maasbode* gab hingegen Äußerungen Landdrost Dassens wieder, der darauf verwies, dass bereits Landwirtschaftsberater an der Arbeit seien, um den Selfkäter Bauern die Umstellung zu vereinfachen.⁴⁸ Die Landwirte in den angegliederten Gebieten hatten zudem die Erlaubnis erhalten, ihren Grundbesitz jenseits der Grenzen, die sog. Traktatländereien, weiter nutzen zu dürfen. Das entlang der gesamten deutsch-niederländischen Grenze einige Tausend Hektar umfassende Traktatland war auf niederländischer Seite nach dem Krieg als Feindvermögen konfisziert worden. Viele deutsche Bauern waren damit dauerhaft ihrer Existenzgrundlage beraubt.

⁴¹ Van der Steen, *Das Fiasko*, S. 96.

⁴² Vgl. Wolfgang Woelk, *Das Grenzland von Nordrhein-Westfalen, die Traktatländereien und die niederländischen Grenzkorrekturen 1949 bis 1963*, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien*, Münster, 5/6 (1994/95), hg. von Horst Lademacher/Loek Geerardts, Münster 1995, S. 99.

⁴³ Pabst, *Holländisch*, S. 164 ff. Ein Indiz für die einigermaßen freie Handhabe des Drostens in der Umsetzung der Verordnungen und Gesetze bildet für Pabst die „nicht selten unterschiedliche Auslegung“ der Vorgaben im Selfkant und in Elten, das ebenfalls einem Drostens unterstand.

⁴⁴ *Aachener Volkszeitung*, 27. April 1949: „Aus dem Selfkant“.

⁴⁵ *Der Spiegel*, 30. April 1949: „Was uns nicht gehört. Besuch bei Freunden“, S. 8 ff.

⁴⁶ *Aachener Volkszeitung*, 6. Juni 1949. Der Artikel findet sich unter der allgemeinen Rubrik von Meldungen aus dem Kreis Geilenkirchen-Heinsberg.

⁴⁷ *Aachener Volkszeitung*, 2. September 1949: „Der Selfkant zwischen gestern und morgen“.

⁴⁸ *De Maasbode*, 21. November 1949: „Die Selfkäter sind nicht gegen die Grenzkorrekturen“ (deutsche Übersetzung Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.5).

Von einer vollkommen reibungslosen Übergangsphase kann trotzdem nicht die Rede sein. Das Verhalten deutscher wie niederländischer Behörden beeinträchtigte das tägliche Leben der Selfkäter zu Beginn der Auftragsverwaltung. Wegen „kleinlichster Paragraphenreiterei“ der deutschen Zollverwaltung sah sich bereits Anfang Mai 1949 der Landrat des Kreises Geilenkirchen-Heinsberg veranlasst, in einem Schreiben dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten eindringlich ans Herz zu legen, der Bevölkerung „das Gefühl zu nehmen, schon jetzt vom deutschen Vaterlande abgeschrieben zu sein“. Das Verhalten der Zöllner müsse nachgerade dahingehend interpretiert werden, als gehe es der deutschen Seite um eine „bewusste Aufrichtung der neuen Grenzscheide“. Es müsse stattdessen zu den „vornehmsten Aufgaben deutscher Verwaltungsstellen“ gehören, die Verbindung der Selfkäter zu Deutschland nicht abreißen zu lassen und sie nach Kräften zu unterstützen, was seine psychologische Wirkung sicherlich nicht verfehlen werde.⁴⁹ Verärgerung unter den Selfkättern löste ferner der Umstand aus, dass Kriegsrenten vom Bundesarbeitsministerium aus formalen Gründen zurückbehalten und die Empfänger auf die niederländische Sozialhilfe verwiesen wurden. Niederländische Ämter erhoben hingegen Abgaben auf in Deutschland steuerfreie Sozialrenten, ferner ergaben sich durch nachteilige Wechselkurse Verluste für die Bezüge der im Selfkant unterrichtenden Lehrer und die Renten der Pensionäre.⁵⁰

Die niederländische Tageszeitung *De Tijd* nahm Ende 1949 aufgrund der nach wie vor sichtbaren Zerstörungen des Krieges im Selfkant die Situation zum Anlass, zügige Investitionen anzumahnen, da „die kritischen Augen ganz Europas“ auf das Tun und Lassen der Niederländer in diesem Gebiet gerichtet seien.⁵¹ Doch in den ersten Jahren nach der Übernahme des Selfkants durch die Niederlande wurden dringend notwendige Investitionen in der Region vorerst zurückgehalten, was zu mancherlei Unzufriedenheit Anlass gab. Erst der Besuch des niederländischen Innenministers führte 1952 zur Verabschiedung eines Kreditprogramms für die Beseitigung der Kriegsschäden, der Instandsetzung der Wege und zur Finanzierung von Neubauten.⁵² Neben den erhöhten Wohnungsbauzuschüssen gewährten die niederländischen Behörden den Selfkättern über 65 Jahren nun auch unabhängig von sonstigen Einkünften jene Altersrente, wie sie in den Niederlanden üblicherweise ausgezahlt wurde.⁵³

Im April 1954 berichtete der Landdrost über den bisher erzielten Fortschritt. Trotz großer Konkurrenz von niederländischer Seite sei im Selfkant die Zahl der Gewerbebetriebe stark gestiegen. In Gebäude werde viel investiert. Zahlreiche Kinder und Jugendliche besuchten Schulen und Studieneinrichtungen im Limburgischen. Die Bauernbevölkerung habe sich „in schönster Weise“ den neuen Verhältnissen angepasst.⁵⁴ Ein wenig befremdlich liest sich in diesem Kontext ein einige Jahre zuvor verfasster deutscher Kommentar zu einer die beginnenden Veränderungen im Selfkant würdigenden niederländischen Presseveröffentlichung. Die sich auf einen Bericht der *Gazet van Limburg* vom Juni 1951 beziehende Kritik verkannte dabei ganz offensichtlich

⁴⁹ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.5, Schreiben Pilates an Arnold, 12. Mai 1949.

⁵⁰ Pabst, Holländisch, S. 168.

⁵¹ *De Tijd*, 25. November 1949: „Noch immer kein Wiederaufbau in den besetzten Gebieten!“ (deutsche Übersetzung Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.5).

⁵² Woelk, Die niederländischen Grenzkorrekturen, S. 46.

⁵³ Pabst, Holländisch, S. 169.

⁵⁴ Limburgsch Dagblad, 23. April 1954: „Wohlstand ist ansehnlich gestiegen“ (deutsche Übersetzung Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.6).

die Bereitschaft der Selfkantbewohner, sich auf neue Gegebenheiten einstellen zu können und dies auch zu wollen. Ein verklärtes Bild der Selfkäter zeichnend, behauptete der Kommentator, der „bäuerliche Selfkant“ hätte selbstredend auf „eine[n] verwöhnten Limburger“ einen ärmlichen Eindruck machen müssen, doch würde nun einmal „der Selfkantbauer, wie der Deutsche überhaupt [...] äußerlichen Aufputz und schönen Augenschein“ nicht lieben. Den Selfkant unter niederländischer Verwaltung an die fortschrittliche Entwicklung in Limburg anzupassen hieße denn auch, die Region zu „proletarisieren“. Die altüberkommenen „patriarchalisch traditionellen Bindungen an Familie, Sippe, Hof, Dorf“ müssten darüber verloren gehen, ein leichteres Leben folglich den Erscheinungen der Zeit, „der Massensuggestion und Massenparole“, verfallen.⁵⁵ Das Resümee der Zeitzeugen fällt freilich anders aus: „Wir kamen aus dem Nichts ins Leben“, so ein Selfkäter in der Erinnerung; man habe sich schlichtweg „wohlgeföhlt“. Die zunehmende Verflechtung des Selfkants mit dem benachbarten Limburg und der daraus resultierende Fortschritt habe in ökonomischer Hinsicht eine zweifellos pro-niederländische Haltung der Bevölkerung bewirkt. Das relativ unkomplizierte Zusammenleben von Selfkättern und Limburgern sei auch der einheitlichen mentalen Prägung des Maastralandes zu verdanken gewesen; man sei nun einmal „ein und derselbe Menschenschlag“. Dies hätten nicht zuletzt katholische Religiosität und große Ähnlichkeiten im Brauchtum deutlich gemacht. Während der Zeit unter niederländischer Auftragsverwaltung habe auch der gegenseitige Kontakt über Sportveranstaltungen und Vereine die Bindungen gefestigt. Ebenso im kulturellen Bereich hätten sich die Selfkäter nicht nur auf die von deutscher Seite gemachten Angebote beschränkt, denn auch die Einrichtungen limburgischer Städte lagen praktisch vor der Haustür.⁵⁶

Einen detaillierten Bericht über die von der niederländischen Auftragsverwaltung im Drostamt veranlassten Maßnahmen gab im September 1956 das Amt Gangelt dem Oberkreisdirektor in Geilenkirchen zur Kenntnis. Das Schreiben behandelte in mehreren Unterpunkten die Entwicklung der vergangenen sieben Jahre.⁵⁷ Besonders erwähnenswert erschien, dass durch die Beseitigung der alten Gemeinden und die Umbenennung des Ortes Tüddern in *Tudderen* der offizielle Name des Gebietes auffallend „verniederländisch“ worden sei. Das Drostamt zeige sich aber in jeder Weise um die Bevölkerung bemüht: schulentlassene Mädchen genössen den durch das Drostamt finanzierten hauswirtschaftlichen Unterricht in Sittard, alte und arbeitsfähige Personen würden in jeder Hinsicht unterstützt, das Drostamt bezahle sogar einen jährlichen Ausflug aller Rentner. Über die wirtschaftliche Entwicklung vermerkte der Bericht, die Arbeitslosigkeit sei gering. Das Bau- und Wohnungswesen profitiere von äußerst günstigen Krediten, die teils auch aus den ehemaligen Gemeindevermögen zur Verfügung gestellt würden. Vor allem die in niederländischen Zechen beschäftigten Bergleute könnten von den Unternehmen beim Bauen Förderung in Anspruch nehmen, wenn die Angestellten sich verpflichteten, zehn Jahre lang bei der Zeche zu bleiben. Die Verbesserung des Wohnumfeldes schreite durch den Ausbau des Straßennetzes, die Schaffung kleinerer Grünanlagen und die Modernisierung der Straßenbeleuchtung voran. Inzwischen sei das niederländische Steuersystem im Selfkant eingeföhrt worden. Eine Vermögensabgabe wie in Deutschland sei jedoch unbekannt.

⁵⁵ Kreisarchiv Heinsberg, A2546.5, „Der angeblich unter deutscher Verwaltung vernachlässigte Selfkant“, Januar 1952.

⁵⁶ Gespräch mit Selfkättern vom 25. Mai 2002.

⁵⁷ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.6, Schreiben Robertz an Wonschik, 14. September 1956.

Während sich auf vielen Gebieten bis 1956 also schon eine merkbliche Wendung in Richtung Niederlande/Limburg ergeben hatte, blieben andere Bereiche davon unbehelligt. In den Volksschulen des Selfkants wurde wie bisher von deutschen Lehrkräften nach deutschen Curricula und mit Deutsch als Unterrichtssprache der Dienst versehen. Vor dem Hintergrund nämlich, dass die Angliederung des Selfkants als vorläufiger Akt betrachtet werden musste, wurde seitens des niederländischen Kabinetts eine Schulreform verworfen.⁵⁸ Die niederländische Sprache wurde lediglich als Ergänzung in den höheren Klassen gelehrt. Auch in kirchenrechtlicher Hinsicht blieb im Selfkant alles wie gehabt; er bildete weiterhin einen Teil des Bistums Aachen, dem damit die Einsetzung der nach wie vor deutschen Geistlichen oblag. Es war zwar versucht worden, die Selfkantpfarreien dem niederländischen Bistum Roermond zu unterstellen; da die Grenzen aber lediglich de facto, jedoch nicht de jure verändert worden waren, hielt die katholische Kirche in Anbetracht der unklaren Verhältnisse die bisherige Zuständigkeit bei.⁵⁹ Das Vereinswesen – seien es Schützen-, Musik- oder Gesangsvereine – erfuhr keinerlei finanzielle Unterstützung vonseiten des Drostamtes. Auch der Heimatverein sowie Sport- und Jugendvereine erhielten ihre Fördergelder ausschließlich aus der Bundesrepublik.⁶⁰

IV.

Gerade auf lokaler Ebene sahen sich Politiker und Behörden durch die Grenzkorrektur von 1949 in besonderer Weise herausgefordert. Die Kreisverwaltung in Geilenkirchen sowie das Regierungspräsidium in Aachen ergriffen Maßnahmen, mit denen sie auf eine Beeinflussung der Selfkantbevölkerung abzielten. Bereits am 8. Januar 1950 nannte sich der Kreis Geilenkirchen-Heinsberg in einer symbolischen Geste in „Selfkantkreis Geilenkirchen-Heinsberg“ um. Auf diese Weise sollte – so Landrat Peter Pilates – die Verbundenheit der Kreisgemeinschaft mit den „Brüdern und Schwestern im Selfkant“⁶¹ zum Ausdruck gebracht werden. Ob es sich um den Amtsdirektor von Gangelt, die Kreisverwaltung, den Landrat oder den Aachener Regierungspräsidenten handelte, – hier wie dort versuchte man nach Kräften, die aus dem Selfkant kommenden Informationen zu bündeln und entsprechend zu agieren. Zu einer festen Einrichtung wurden zum Beispiel Stimmungsberichte über die Situation im Selfkant. Mit geradezu seismographischer Genauigkeit wurde dabei die Meinungslage der Menschen registriert. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein Schreiben der Amtsdirektion Gangelt vom Oktober 1952 an den Regierungspräsidenten in Aachen. In den Ausführungen findet sich die Bemerkung, dass schriftliche Zeugnisse von Selfkäntern angeblich „aus Furcht vor Repressalien“ nicht vorlägen, diese auf mündlichem Wege allerdings „verschiedenartig Auskunft“ zu ihrer persönlichen Einstellung gegeben hätten. Auf der pro-niederländischen Seite stünden jene, denen „die billigere Lebensweise [...], bequemlichere Fahrtmöglichkeit [...] und sehr viele Arbeitsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe“, vor allem für zahlreiche

⁵⁸ Pabst, Holländisch, S. 168.

⁵⁹ Bischofs, Selfkant – Grenzland, S. 76.

⁶⁰ Kreisarchiv Heinsberg, A 2456.6, Schreiben Robertz an Wonschik, 14. September 1956.

⁶¹ Peter Pilates im Vorwort zum Heimatkalender des Kreises Geilenkirchen Heinsberg 1951, S. 3.

Bauernsöhne, gefiele. Der Straßenbau schreite voran, was ein gewichtiges Faktum darstelle, da der Selfkant „in früheren Zeiten diesbezüglich sehr stiefmütterlich behandelt worden sei“. Die Rentenzahlungen trügen ebenfalls zu einem positiven Bild der niederländischen Behörden bei. Ferner befürchteten viele Grundbesitzer, bei einer Rückkehr nach Deutschland zum Lastenausgleich herangezogen zu werden; viele hätten überdies die Möglichkeit erhalten, ein Haus zu bauen. Ein Selfkänder habe kommentiert, dies wäre ihm unter deutscher Verwaltung nicht möglich gewesen. Als pro-deutsch bezeichnete der Gangelter Amtsdirektor Personen, welche finanzielle Schlechterstellungen verspürten, insbesondere die um ihren Absatz bandenden Landwirte. Die Stimmung im Selfkant sei demnach uneinheitlich, der Wunsch nach Rückgliederung tauche jedoch im Allgemeinen nur dann auf, wenn „Nachteile im eigenen Geldbeutel“ festzustellen seien.⁶² Der gleichfalls informierte Oberkreisdirektor Wonschik schrieb sodann an das Regierungspräsidium, indem er seiner Befürchtung Ausdruck verlieh, ungeachtet aller von ihm vermuteten gefühlsmäßigen Bindungen der Bevölkerung nach Deutschland arbeite die Zeit offenbar nicht für die deutsche Seite; die Situation verlange deshalb „gebieterisch eine baldige Lösung“.⁶³

Bei einer Landwirtschaftsausstellung im Kreisgebiet, zu der auch viele Selfkänder erschienen waren, nutzte im Oktober 1953 Landrat Pilates die Gelegenheit, in einer „unmissverständlichen und temperamentvollen Ansprache“ seine Verbundenheit zu den unter niederländischer Verwaltung stehenden Selfkändörfern und ihren Bewohnern zu beteuern. Er brachte dabei zum Ausdruck, dass der Selfkant „hoffentlich bald wieder“ zurückgegliedert werde, irgendwann würden die Bemühungen Bonns und Düsseldorfs dieses Ziel schon erreichen. Als „Verräter“ bezeichnete Pilates dabei jene, die „drüben“ für einen „Mittelweg“ eintreten würden; diesen gäbe es nicht.⁶⁴ Ein halbes Jahr später veranlasste Pilates den Kreistag, eine Sondersitzung einzuberufen. Am 23. April 1954 jährte sich die Unterstellung des Selfkants unter niederländische Auftragsverwaltung zum fünften Mal. Bei der für den 21. April anberaumten Zusammenkunft der Abgeordneten ließ man symbolisch drei Sitze für die fehlenden Vertreter des Selfkants frei. Pilates verlas eine Erklärung, die stehend von den Mitgliedern des Kreistages entgegen genommen wurde. Der Landrat dankte der Bevölkerung im Selfkant für die „treue Bewahrung ihres Deutschtums“. Er vertraue darauf, dass sich die Niederlande schon bald „einsichtig“ zeigen würden, den „Deutschen im Selfkant ihre volle Zugehörigkeit zur deutschen Heimat zurückzugeben und sie so wieder zu glücklichen Menschen zu machen“.⁶⁵

Bevor es so weit sein sollte, versuchten Kreis und Regierungsbezirk insbesondere in ihrem Einsatz für finanzielle Zuweisungen durch das Land Nordrhein-Westfalen, den Selfkändern die Bewahrung einer positiven Grundeinstellung zu Deutschland in gewissem Sinne zu erleichtern. Dies erschien umso notwendiger, da von niederländischer Seite der Wiederaufbau des Gebietes vorangetrieben wurde und die Bevölkerung im Selfkant die sichtbaren Veränderungen mit der niederländischen

⁶² Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.5, Amtsverwaltung Gangelte: Stimmungsbericht aus dem Selfkant an den Regierungspräsidenten Brand in Aachen, Gangelte, 16. Oktober 1952. Das Schreiben gelangte als Durchschrift ebenso in die Hände des Oberkreisdirektors in Geilenkirchen.

⁶³ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.5, Wonschik an Brand, 23. Oktober 1952.

⁶⁴ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.5, Heinsberger Volkszeitung, Oktober 1953: „Wir werden unser Ziel erreichen“.

⁶⁵ Heinsberger Volkszeitung, 22. April 1954: „Der Kreistag gedenkt einmütig des Selfkants“.

Drostverwaltung in Zusammenhang brachte. Die Möglichkeit, auch von deutscher Seite Fördermittel zu erlangen, wurde von den Selfkäntern auf vielfältige Weise in Anspruch genommen. Erbeten wurden beispielsweise Ausbildungsbeihilfen oder Geldzuwendungen für den Kauf landwirtschaftlicher Fahrzeuge.⁶⁶ Gleichwohl ließen sich auch Missbräuche verzeichnen, wo Antragsteller offensichtlich aus reiner Gewinnsucht versuchten, an zusätzliche Mittel heranzukommen.⁶⁷ Den verantwortlichen Behörden blieb nachfolgend kaum etwas anderes übrig, als zu vermerken, die Gewährung von Zuschüssen werde „reichlich ausgenutzt“, wie der Gangelter Amtsdirektor Robertz in einem Schreiben an die Kreisverwaltung im September 1956 mitteilte und dabei auf den in den vergangenen Jahren im Selfkant beobachteten Aufschwung einging, der die Bevölkerung zweifellos für die Niederlande eingenommen habe. Er könne zudem feststellen, dass die aus dem Selfkant eingehenden und oft genehmigten Anträge bei Bewohnern des deutschen Umlandes Neid hervorriefen; manche hätten schon verbittert bemerkt, man wäre 1949 besser ebenfalls der niederländischen Verwaltung unterstellt worden, dann würde man heute von deutscher Seite genauso unterstützt wie die Selfkantbevölkerung.⁶⁸ Dieser hatte die Landesregierung im August 1956 zusätzlich die Möglichkeit eingeräumt, Darlehen für Wiederaufbau, die Landwirtschaft und den Wohnungsbau bei der Kreisverwaltung zu beantragen.⁶⁹

Die Entwicklung offen anzusprechen schien gleichfalls nicht möglich. Den Bericht aus Gangelt aufgreifend, bat Oberkreisdirektor Wonschik in einem Schreiben an das Regierungspräsidium in Aachen um Vertraulichkeit. Er wisse, dass seine Auffassung „nicht von allen Kreisen geteilt werde“, doch sehe er sich in seiner bereits 1952 gemachten Prognose bestätigt, dass die Zeit nicht für Deutschland gearbeitet habe. Weil die Selfkäter ihre Lage nun einmal „in der Hauptsache nach materiellen Gesichtspunkten“ beurteilten und es verstünden, für sie in dieser Hinsicht günstige Gelegenheiten zu ergreifen, müsse man zu dem Ergebnis kommen, dass ein Großteil der Menschen den derzeitigen Zustand „noch für möglichst lange Zeit“ zu erhalten wünsche.⁷⁰ Im Januar 1957 gab der Aachener Regierungspräsident Schmitt-Degenhardt diese Informationen an die Landesregierung in Düsseldorf weiter. Die Ausführungen Wonschiks ergänzend, merkte Schmitt-Degenhardt an, er selbst sei der Meinung, wenn es darauf ankäme, werde sich die Bevölkerung im Selfkant sicherlich zu Deutschland bekennen; er warne allerdings davor, es auf Befragungen hinauslaufen zu lassen oder sonstige demoskopische Erhebungen vorzunehmen. Stattdessen seien die bisherigen Hilfen fortzuführen, „selbst auf die Gefahr hin, dass sie für eine verlorene Sache gegeben werden“.⁷¹

In den Fünfzigerjahren hatten sich die Selfkäter „zwischen Mark und Gulden“ also recht gut eingerichtet. Von den Behörden im Kreis Geilenkirchen-Heinsberg war diese Entwicklung – wie aufgezeigt werden konnte – sehr schnell registriert worden. Gleichwohl hielt es beispielsweise der damalige Oberkreisdirektor Wonschik für nicht angebracht, dies in einer Form publik zu

⁶⁶ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.15, Schreiben von Gertrud F. an das Regierungspräsidium Aachen, 3. März 1954; Bittschrift des Landwirts Gerhard P. aus Schalbruch an Ministerpräsident Arnold, 14. März 1954.

⁶⁷ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.15, Schreiben von Tilla J.-W. aus Isenbruch an Ministerpräsident Arnold, 24. Januar 1956.

⁶⁸ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.6, Schreiben Robertz an Wonschik, 14. September 1956.

⁶⁹ Düsseldorf Nachrichten, 2. August 1956: „Kredite für Selfkantbauern“.

⁷⁰ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.15, Wonschik an Schmitt-Degenhardt, 18. September 1956.

⁷¹ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.16, Schmitt-Degenhardt an Arnold, 17. Januar 1957.

machen, die einer breiten Öffentlichkeit einen ungeschminkten Blick auf die tatsächliche Lage erlaubt und die Äußerungen des Landrats konterkariert hätte. Die Unterstützung der Grenzlandpresse dürfte dabei auch kaum zu erwarten gewesen sein. Die Gazetten der Region Aachen zogen aus der Entwicklung im Selfkant ihre eigenen Schlüsse. Im Dezember 1956 lieferten sie sich Scharmützel mit der niederländischen Zeitung *De Volkskrant*, weil das Blatt die Situation vor Ort dahingehend beurteilt hatte, dass viele Gründe – so auch eine „limburgische Stammeszugehörigkeit“ – dafür sprächen, den Selfkant endgültig bei den Niederlanden zu belassen.⁷² Die in Geilenkirchen erscheinenden *Rur-Wurm-Nachrichten* zeigten sich bei aller vorhandener Sympathie der Selfkänger für die Niederlande jedoch überzeugt davon, „bei objektiver Betrachtung“ werde der überwiegende Teil der Bevölkerung im Selfkant im Falle einer Entscheidung für sein angestammtes Vaterland votieren.⁷³ Die *Aachener Volkszeitung* wischte die Argumente der *Volkskrant* mit der Bemerkung vom Tisch, das Blatt habe wohl „einen Versuchsballon“ starten wollen. Den Selfkängern gehe es zwar insgesamt gesehen gut, gleichwohl müsse man sich vor Augen halten, wie „selbstherrlich“ der Drost das Gebiet verwalte.⁷⁴ Die *Heinsberger Volkszeitung* kommentierte, man müsse beachten, dass die positiven Veränderungen im Selfkant einem „zeitbedingten“ und nicht „landesbedingten“ Fortschritt zu verdanken seien. Ein „vielleicht noch größere[r] Aufschwung“ hätte die Region zweifellos auch dann erfasst, wenn sie nicht der niederländischen Verwaltung unterstellt worden wäre. Empört bemerkte die Zeitung, der Verfasser des *Volkskrant*-Artikels habe vor Ort wohl „Häuser und Menschen verwechselt“, wenn er den nunmehr niederländisch-limburgischen Charakter der Region hervorhebe. Das „volkkliche Wollen dieser Menschen“, die sich „aus Furcht vor holländischer Spitzeltätigkeit“ gegenüber einem Niederländer wohl kaum offen äußerten, sehe anders aus. Der Selfkant sei nun einmal deutsch, „auch wenn es holländische Berichterstatter nicht wahrhaben dürfen“.⁷⁵

V.

Obleich in Bonn und Den Haag die Verhandlungen über die Rückgabe der westlichen Grenzgebiete Deutschlands bereits ihren Anfang genommen hatten, begann die niederländische Regierung im Jahre 1957 damit, jenes Projekt einer verkehrsverbessernden Maßnahme zu verwirklichen, deren beabsichtigte Umsetzung mit dazu geführt hatte, den Selfkant 1949 der vorläufigen Auftragsverwaltung zu unterstellen: die Verbindungsstraße zwischen Mittel- und Südlimburg, welche bis 1959 durch den Selfkant gebaut wurde. Die Bestimmungen des deutsch-niederländischen Aus-

⁷² Rur-Wurm-Nachrichten, 19. Dezember 1956: „Der Selfkant blickt nach Bonn“.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Aachener Volkszeitung, 19. Dezember 1956: „Wollen die Selfkänger wirklich nicht zurück?“.

⁷⁵ Heinsberger Volkszeitung, 9. Januar 1957: „Der Selfkant blieb wie Elten deutsch“; vgl. auch Heinsberger Volkszeitung, 10. Januar 1957: „Der Selfkant blickt nach Deutschland“. Aufschlussreich sind Ausführungen des Blattes auch über die wirtschaftliche Orientierung der Arbeiterschaft des Selfkants, welche sich zu 87 Prozent bereits in niederländischen Betrieben verdinge. Allerdings wurde dieser Umstand nicht dahingehend interpretiert, dass die Selfkänger offenkundig ökonomischem Pragmatismus gegenüber patriotischem Idealismus den Vorzug gaben.

gleichsvertrages von 1960 machten diese Straße schließlich zu einem verkehrstechnischen Kuriosum. Vor einer Rückgliederung des Selfkants musste die Trasse kreuzungsfrei ausgebaut werden, sodass keine Zufahrtsmöglichkeiten von deutscher Seite mehr bestehen sollten. Die Straße von Schinveld nach Koningsbosch sollte fortan ohne Grenzformalitäten ausschließlich dem niederländischen Transit dienen. Während der Straßenunterhalt dem niederländischen *Rijkswaterstaat* übertragen wurde, sollten Verkehrs- und Polizeiaufsicht der Bundesrepublik obliegen.⁷⁶ Die Trasse schob sich wie ein Riegel zwischen den Selfkant und das deutsche Hinterland, sodass die Selfkantdörfer nur noch über einige Brücken und Übergänge erreichbar wurden.

Die Selfkäter mochten so den Eindruck bekommen, diese Straße werde ihre Heimat gerade aus deutscher Sicht erneut – vielleicht sogar noch stärker als in der Vergangenheit – zur Randregion machen. Die Gründung der Interessengemeinschaft der gewerblichen Wirtschaft im Selfkant (IGWS) im Zuge der beginnenden deutsch-niederländischen Konsultationen muss daher als Signal gewertet werden, dass die Selfkantbevölkerung nicht gewillt war, vollkommen teilnahmslos die zukünftige Entwicklung des Landstrichs hinzunehmen. In Denkschriften und Appellen verlieh die IGWS den allgemeinen Befürchtungen Ausdruck und formulierte sehr präzise, welches Entgegenkommen die Selfkäter von den bundesdeutschen Behörden im Falle einer Rückgliederung erwarteten.⁷⁷ Was auf dem Spiel stand, belegt die bis dahin zu verzeichnende Entwicklung. Die Zahl der mittelständischen Betriebe im Selfkant war sehr stark gewachsen. Viele Einwohner hatten den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt, da ihnen von niederländischer Seite weit weniger Beschränkungen und Auflagen bei Existenzgründungen gemacht wurden, wie es seitens der Behörden in der Bundesrepublik der Fall gewesen wäre.⁷⁸ Es genügten häufig nur einige Nachweise, um von den niederländischen Ämtern als Gewerbetreibender und Dienstleister zugelassen zu werden oder ein Handwerk zu betreiben. Die Selfkäter lernten die Niederlande dadurch als „bürgernah“ kennen. Die Entwicklung im Selfkant nahm mithin ohne viel Bürokratie enormen Auftrieb. Während 1949 nur 154 Mittelstandsbetriebe registriert worden waren, belief sich deren Anzahl im Jahre 1960 auf über 270; ebenso konnte das Gastgewerbe Zuwächse verzeichnen. Die Bevölkerungszahl der Selfkantdörfer war auf ungefähr 6330 Einwohner gestiegen; über 600 neue Wohnungen waren mithilfe der finanziellen Fördermaßnahmen bis 1960 bereits erstellt worden.⁷⁹ Es erscheint daher kaum verwunderlich, dass der wirtschaftliche Impuls, den die Region nach 1949 unter niederländischer Auftragsverwaltung bekam, sowie die zahlreichen Verbindungen ins Limburgische die Einstellung der Menschen zu ihrem „Vaterland“ stark beeinflusst hatte. Wäre es zu einer Abstimmung unter den Selfkättern über den zukünftigen Verbleib des Gebietes gekommen, so hätte sich wohl eine deutliche Mehrheit für einen Anschluss an die Niederlande ausgesprochen.⁸⁰ Es herrschte offenkundig die Vorstellung,

⁷⁶ Bischofs, Selfkant – Grenzland, S. 82 ff.; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Anlagen: Drucksache 2341, 22. Dezember 1960, S. 22.

⁷⁷ Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.6, Interessengemeinschaft der gewerblichen Wirtschaft im Selfkant: Denkschrift zur wirtschaftlichen Lage des Gewerbes im Selfkantgebiet, 25. März 1958; Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.17, Schreiben der Interessengemeinschaft der gewerblichen Wirtschaft im Selfkant an Sonderbotschafter Lahr, 25. Mai 1959.

⁷⁸ Gespräch mit Selfkättern vom 25. Mai 2002.

⁷⁹ Heinsberger Volkszeitung, 18. Juli 1961: „Der Selfkant von 1949 bis 1961“.

⁸⁰ Gespräch mit Selfkättern vom 25. Mai 2002. Die Gewährspersonen äußerten sich dahingehend, dass bei einer Abstimmung „mindestens 70 Prozent“ für die Niederlande votiert hätten.

man würde die eigenen Interessen – vor allem ökonomischer Art – im niederländischen Staatsverband auf Dauer besser wahrnehmen können.

Im September 1962 charakterisierte der Westdeutsche Rundfunk in einem Fernsehporträt die Region als „Land zwischen den Grenzen“. Der schon ganz „niederländische Charakter“ des Selfkants wurde dabei bildlich festgehalten, indem man auf Bauern mit Baskenmützen oder die übernommene Sitte, in Café-Restaurants Teppiche auf die Tische zu legen, verwies. Die Berichterstatter erwähnten die im Selfkant gepflegte niederländische Angewohnheit, keine Gardinen in die großen Fenster des Erdgeschosses zu hängen. Dies vermittele dem Betrachter zusätzlich den Eindruck, am Leben der Menschen im Hause – ganz so, wie „vielleicht an den Grachten in Delft“ – Anteil nehmen zu können.⁸¹ Zuvor waren schon ausführliche Artikel über den Selfkant in mehreren deutschen Tageszeitungen erschienen. Ihre detaillierte Berichterstattung gibt aufschlussreiche Hinweise darauf, dass im Bundesgebiet die Entwicklung dieser Region mit Verwunderung und Neugier – als handele es sich um „exotisches“ Terrain – zur Kenntnis genommen wurde. Man musterte die Kopfbedeckungen der Landwirte – „wie in Utrecht“ –, besuchte Gasthöfe mit „orangefarbenen Markisen“, wo Amstel-Bier und Genever getrunken werde, umgeben von einem Innendekor, das dem der Cafés „von Nimwegen bis Amsterdam“ ähnele, betrachtete die neuen „Bungalows“ und erspähte durch fehlende Vorhänge „Familien an der Kaffeetafel“.⁸² Obwohl der genaue Termin für die Rückkehr des Selfkants unter deutsche Oberhoheit zu dieser Zeit noch nicht abzusehen war, hatten die zuständigen deutschen Behörden bereits im Juli 1962 gegenüber der Presse klargestellt, den „Tag X“ in gar keinem Fall mit „Fahnenparaden, Marschmusik und Sonntagsreden“ feiern zu wollen. Die *Frankfurter Rundschau* vermeinte, die sichtliche Nervosität des Geilenkirchener Oberkreisdirektors Kohlschütter wahrnehmen zu können, der das bevorstehende Ereignis lediglich „in aller Stille“ und ohne nationales Gepränge zu begehen wünsche. Es werde nämlich befürchtet, die nationale Empfindlichkeit der Niederländer „durch deutsches Hurrageschrei“ zu verletzen. Dadurch könne, so Kohlschütter, „mehr politisches Porzellan zerschlagen werden“ als seit Kriegsende an der Westgrenze gekittet wurde.⁸³

Während in der Bundesrepublik Bundestag und Bundesrat den deutsch-niederländischen Ausgleichsvertrag bereits im Mai 1961 gebilligt hatten, zog sich der Ratifizierungsprozess in den Niederlanden noch bis zum Februar 1963 hin.⁸⁴ Die *Stuttgarter Nachrichten* veröffentlichten Mitte Juli 1963 noch einmal ein Porträt über die nur noch kurz unter niederländischer Verwaltung stehenden Gebiete Elten und Selfkant.⁸⁵ Das Blatt zitierte einen Sprecher der

⁸¹ Die Heinsberger Volkszeitung berichtete am 15. September 1962 über die Dokumentation des WDR („Selfkant – Land zwischen den Grenzen“).

⁸² Rheinische Post, 11. Mai 1962: „10000 Deutsche warten auf Tag X“; Hannoversche Allgemeine, 21./22. Juli 1962: „Mit gebremster Freude ‚heim in den Bund‘“.

⁸³ Eberhard Nitschke: „Mit gemischten Gefühlen ‚Heim in den Bund‘“, in: *Frankfurter Rundschau*, 16. Juli 1962.

⁸⁴ Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Anlagen: Drucksache 2684, 21. April 1961; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 158. Sitzung, 4. Mai 1961, S. 9161 ff; Peter Helmberger: Der Versuch einer Generalvereinbarung. Die Verhandlungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik um den Ausgleichsvertrag vom 8. April 1960, in: *Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien*, 4 (1993), hg. von Horst Lademacher/Loek Geerardts, Münster 1994, S. 94 ff.

⁸⁵ *Stuttgarter Nachrichten*, 16. Juli 1963: „Bloß kein ‚Heim-ins-Reich‘“.

Staatskanzlei von Nordrhein-Westfalen mit den Worten, hoffentlich werde „alles so geräuschlos wie möglich“ verlaufen; selbst der Ministerpräsident solle erst „später mal [...] ganz en passant“ zu Besuch kommen. Die Zeitung hatte auch bei den Menschen vor Ort Befragungen angesichts der bevorstehenden Rückgliederung durchgeführt und kam zu dem Ergebnis, es herrsche Resignation vor. Die Bevölkerung im Selfkant hege das Gefühl, sie habe letztlich „nichts zu sagen“. Vor allem müsse nach dem Anschluss an die Bundesrepublik die Verkehrsanbindung ins deutsche Hinterland verbessert werden, denn der jetzige Zustand sei „schlimmer als die Berliner Mauer“. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* fokussierte ihre Berichterstattung über die in Kürze der deutschen Verwaltung zurück zu übertragenden Grenzgebiete zwar auf Elten, vermerkte aber mit Blick auch auf den Selfkant, weniger nationale Empfindungen sondern vielmehr bürgerliche Zufriedenheit habe das Bewusstsein dieser Grenzdeutschen geprägt.⁸⁶ Sogar die britische *Times* widmete am 30. Juli 1963 dem bevorstehenden Ereignis einen Korrespondentenbericht über die Situation im Selfkant. Der Verfasser bemerkte über die vergangenen Jahre der Region unter niederländischer Verwaltung, im Prinzip habe dort beinahe jedermann „von einer abnormalen Situation“ profitiert, die Menschen hätten „das Beste aus zwei Welten“ empfangen. Viele empfänden die Rückkehr vor der Verwirklichung des gemeinsamen europäischen Marktes, der die Preise angleichen würde, aber als verfrüht. Die *Times* meinte, die Menschen seien „gute Europäer“ geworden. Sie würden am Tag der Rückgliederung zwar „die Fahnen hissen, weil sie Deutsche seien“; allerdings geschehe dies wohl „mit traurigem Herzen“.⁸⁷

VI.

Nach der am 1. August 1963 um 0 Uhr erfolgten Rückgliederung widmeten sich dem Wiederaufbau der kommunalen Verwaltungsstruktur der Selfkantgemeinden ein Beauftragter des nordrhein-westfälischen Innenministeriums sowie ein Vertreter der Bezirksregierung Aachen, deren Arbeit sich insbesondere darauf erstreckte, Kommunalwahlen vorzubereiten. Neben dem Regierungspräsidenten besuchten im Vorfeld der Wahl – an der sich am 20. Oktober 1963 fast 90 Prozent der stimmberechtigten Selfkänder beiteiligten – der nordrhein-westfälische Arbeits- und Sozialminister Grundmann sowie Ministerpräsident Franz Meyers (seit 1958 im Amt) den Selfkant. Es galt, die von der Landesregierung beabsichtigten Förderprogramme zu erläutern. Nach Bestallung eines Hauptverwaltungsbeamten sowie der Einsetzung eines Amtsdirektors endete Anfang 1964 die kommissarische Verwaltung. Erste Investitionen flossen schließlich in einen forcierten Ausbau der Infrastruktur und zahlreiche weitere Modernisierungsmaßnahmen.⁸⁸ Gleichwohl trat in ökonomischer wie sozialer Hinsicht schon sehr bald eine Ernüchterung ein. Hatten die Menschen gehofft, der

⁸⁶ Christian am Ende: „In Elten quiekt es auf den Dachböden“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. Juli 1963.

⁸⁷ *The Times*, 30. Juli 1963: „Holland returns 16000 acres to Germany“. Im englischen Original lauten die Äußerungen des Blattes wie folgt: „Almost everybody has benefited from a situation which was abnormal [...]. They have had the best of two worlds [...]. They have become good Europeans [...]. They will put the flags out on Thursday because they are Germans, but still there will be sad hearts.“

⁸⁸ Bischofs, *Selfkant – Grenzland*, S. 103 f.

Hoheitswechsel würde ihnen durch ähnliche Übergangsvorschriften, wie sie zuvor im Saargebiet angewandt worden waren, erleichtert, so gewährte der Bund weder eine vorläufige Zollbefreiung noch Lohnausgleich bei Weiterbeschäftigung in den Niederlanden. Wenig entgegenkommend zeigten sich deutsche Behörden auch bei der Anerkennung von Gewerbezulassungen; insgesamt erlebte die Wirtschaft des Selfkants schon bald einen großen Rückschlag. Besonders problematisch erwies sich nach der Rückgliederung die Lage der in den Niederlanden beschäftigten Selfkänger. Der Kaufkraftverlust ihres Lohnes in Deutschland lag bei gut einem Viertel. Der vom nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium beim Bund eingebrachte Vorschlag, einen Hilfsfonds zu schaffen, wurde jedoch mit Verweis auf einen Präzedenzfall für alle übrigen in den Niederlanden beschäftigten deutschen Arbeitnehmer verworfen. Ein 1965 auf Betreiben des Regierungspräsidiums angefertigtes wissenschaftliches Gutachten kam kaum zwei Jahre nach der Rückgliederung zu dem Schluss, der Selfkant müsse erneut zu den „peripheren Agrargebieten“ gezählt werden. Die Region sei wieder in ihre extreme Grenzlage gefallen, die schon einmal zu einer „relativen Verödung“ geführt habe. Die Verkehrslage sei ausgesprochen ungünstig, der Selfkant sei aus deutscher Sicht geradezu „isoliert“.⁸⁹ Im Zuge der kommunalen Neugliederung schlossen sich die seit 1963 wieder selbstständigen Gemeinden des Amtes Selfkant unter Einbindung einer weiteren Ortschaft im Juli 1969 zur Gemeinde Selfkant zusammen, um gemeinsam die Entwicklung besser vorantreiben zu können.⁹⁰ Zehn Jahre nach der Rückgliederung fiel das Resümee in der Presse über das bisher Erreichte jedoch verhalten aus. Gelder seien bei weitem nicht in dem Umfang geflossen, wie in Aussicht gestellt wurde; im Selfkant liege vieles im Argen. Noch immer seien die Auswirkungen einer „150-jährigen Vernachlässigung“ von deutscher Seite nicht behoben.⁹¹

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Rückgliederung des Selfkants ins Bundesgebiet von der Bevölkerung in erster Linie als ein wirtschaftliches Verlustgeschäft wahrgenommen wurde, das zu zahlreichen sozialen Härtefällen führte. Obwohl seitens des Landes Nordrhein-Westfalen Bemühungen unternommen worden waren, für die Selfkänger Sonderregelungen zu erwirken, liefen diese Anstrengungen ins Leere. Die Behörden betrachteten auch die Selfkänger – allen Wechselfällen der Geschichte zum Trotz – nun als „ganz normale“ Bundesbürger. Letztlich mussten die Menschen erkennen, dass die Entwicklung, die die Region unter niederländischer Auftragsverwaltung genommen hatte, einem Kuriosum entsprungen war. An dessen Vorzüge hatte man sich gleichwohl gewöhnt. Insofern konnte die Rückkehr, und damit die Wiederherstellung einer gewissen Normalität, tatsächlich als Rückfall empfunden werden.

⁸⁹ Ebd., S. 109 ff.

⁹⁰ Gemeinde Selfkant: 25 Jahre Selfkant nach der Rückgliederung. 1. August 1963 – 1. August 1988, Geilenkirchen 1988

⁹¹ Hans Zimmermann: „Holland-Pendler sind noch immer die Stiefkinder der Selfkant-Rückgliederung“, in: Rur-Wurm-Nachrichten, 31. Juli 1973.

Primärquellen

Kreisarchiv Heinsberg, A 2546. 5, 6, 15, 16, 17.

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Anlagen zu den stenografischen Berichten

Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Stenografische Berichte
Amtsblatt der Militärregierung (Britisches Kontrollgebiet), Nr. 28, S. 1083–1087.

Für Selbstbestimmung, Recht und gute Nachbarschaft. Amtliche Erklärungen, Vorschläge sowie Stellungnahmen der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Fragen der einseitigen Grenzveränderungen im Westen 1949, hg. von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1951

Zeitungsquellen

Bestände der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages, Altarchiv Bonn

Kreisarchiv Heinsberg, A 2546.5, 6

Mikroverfilmungen des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Bonn/Berlin

Internet

Pressemitteilung 401/01, „Anbindung der Transitstraße im Selfkant an das deutsche Straßennetz“, www.bmvbw.de, 21. Dezember 2001

Literatur

Bischofs, Klaus: Selfkant – Grenzland, hg. von der Gemeinde Selfkant, o. O., 1974

Ders.: Vor 20 Jahren. Die Abtrennung des Selfkants am 23. April 1949, in: Heimatkalender des Selfkantkreises Geilenkirchen-Heinsberg 1969, S. 41–59

Ders.: Vor 50 Jahren. Die Annexion des Selfkants durch die Niederlande im Jahre 1949, in: Heimatkalender des Kreises Heinsberg 1999, S. 186–194

Gemeinde Selfkant: 25 Jahre Selfkant nach der Rückgliederung. 1. August 1963 – 1. August 1988, Geilenkirchen 1988

Helmberger, Peter: Der Versuch einer Generalbereinigung. Die Verhandlungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik um den Ausgleichsvertrag vom 8. April 1960, in: Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, 4 (1993), hg. von Horst Lademacher/Loek Geerards, Münster 1994, S. 71–98

Krings, Friedel: Die deutsch-niederländische Grenze des Kreises Heinsberg, in: Heimatkalender des Kreises Heinsberg 1974, S. 100–104

Lademacher, Horst: Die Niederlande und Deutschland 1945–1949. Wirtschaftsfragen und territoriale Korrekturen, in: Niederlande und Nordwestdeutschland. Studien zur Regional- und Stadtgeschichte Nordwestkontinentaleuropas im Mittelalter und der Neuzeit. Franz Petri zum 80. Geburtstag, hg. von Wilfried Ehbrecht/Heinz Schilling, Köln/Wien 1983, S. 45–511

Ders.: Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert, Darmstadt 1990

Pabst, Klaus: Holländisch für vierzehn Jahre, in: Entscheidungen im Westen, hg. von Walter Först (Beiträge zur Neueren Geschichte des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 7), Köln/Berlin 1979, S. 170–172

Pilates, Peter: Zum Geleit, in: Heimatkalender des Selfkantkreises Geilenkirchen-Heinsberg 1951, S. 3

Schneider, Reinhold: „Lewer dröge Brod eten in Dütschland as Stuten met dicke Boter in Holland.“ Einige Bemerkungen zur Argumentation deutscher Behörden bei der Abwehr niederländischer Gebietsforderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Geschichte im Westen, Heft 1 (1994), S. 21–31

Ders.: Deutschland – Niederlande. Einige Vorbemerkungen zu einer Monographie über das Problem des deutsch-niederländischen Grenzstreits 1945–1949, in: Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, 3 (1992), hg. von Horst Lademacher/Loek Geerardts, Münster 1993, S. 137–145.

van der Steen, Simone: Das Fiasko großer Annexionspläne. Eine Untersuchung der misslungenen niederländischen Wünsche zur Annexion deutschen Territoriums, speziell des Selfkantgebietes (Doctoraal-Scriptie Economische en Sociale Geschiedenis, Katholieke Universiteit Nijmegen, 1992), hg. von der Gemeinde Selfkant, o. O., 1995

Wielenga, Friso: Vom Feind zum Partner. Die Niederlande und Deutschland seit 1945, Münster 2000

Winandy, Thea: Hüben und drüben. Nach einer Fahrt im Grenzgebiet, in: Heimatkalender des Kreises Heinsberg 1974, S. 105-107

Woelk, Wolfgang: Das Grenzland von Nordrhein-Westfalen, die Traktatländereien und die niederländischen Grenzkorrekturen 1949 bis 1963, in: Jahrbuch des Zentrums für Niederlande-Studien, Münster, 5/6 (1994/95), hg. von Horst Lademacher/Loek Gerardts, Münster 1995, S. 99

Ders.: Die niederländischen Grenzkorrekturen 1949 in der Politik des Landes Nordrhein-Westfalen und in ihrer Wirkung auf die Bevölkerung der Auftragsverwaltungsgebiete, in: Geschichte im Westen, Jg. 9, Heft 1, 1994, S. 49.